Programmbereich Kultur / Kunst und Kulturjournalismus
Redaktion: Ulrich Kühn

Sendung am: 04.06.2022
13.05 – 13.15 Uhr

NDRkultur

GEDANKEN ZUR ZEIT
Gesinnung und Verantwortung
Wie der Krieg die Haltungsfrage stellt
Von Christoph Türcke

GEDANKEN ZUR ZEIT

sonnabends

13.05 – 13.15 Uhr

Spr.: An- und Abmoderation: Ulrich Kühn
Manuskript: Christoph Türcke
Sprecher Manuskript: Tarek Youzbachi

Telefon:
0511 / 988-2321

Zur Verfügung gestellt vom NDR
Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für private Zwecke des Empfängers benutzt werden. Jede andere Verwendung (z. B. Mitteilung, Vortrag oder Aufführung in der Öffentlichkeit, Vervielfältigung, Bearbeitung, Übersetzung) ist nur mit Zustimmung des Autors zulässig. Die Verwendung für Rundfunkzwecke bedarf der Genehmigung des NDR.

Anmoderation:

Der Philosoph Christoph Türcke sorgt mit seinen Büchern und Debattenbeiträgen immer wieder für Gesprächsstoff. 1948 in Hameln geboren, hat er von 1995 bis 2014 als Professor für Philosophie an der Hochschule für Grafik und Buchkunst in Leipzig gelehrt. Die meisten seiner Werke sind bei C.H. Beck und im zu Klampen Verlag im niedersächsischen Springe erschienen. In den „Gedanken zur Zeit“ nimmt Christoph Türcke nun Stellung zum Ukrainekrieg, der in dieser Woche bereits hundert Tage andauert. Politik, meint Türcke, braucht in dieser Situation feinstes Fingerspitzengefühl. Mit der Unbedingtheit gesinnungsethischer Friedensmaximen wird sie ihrer Verantwortung nicht gerecht. Doch auch die Verantwortungsethik weist nicht den Ausweg aus der „Gewalt-Lüge-Spirale“. Was also tun? Gesinnung und Verantwortung – Wie der Krieg die Haltungsfrage stellt. Hier sind die Gedanken von Christoph Türcke – gelesen von Tarek Youzbachi:

Beitrag:

Schon während des Bundestagswahlkampfs im letzten Jahr plädierte Robert Habeck für die Lieferung leichter Abwehrwaffen an die Ukraine. Die Mehrheit seiner Partei war empört. Als nach der »Zeitenwende« viele der damals Empörten nun laut die Lieferung schwerer Waffen verlangten, war Habeck eher leise. Ja, es sei »richtig«, jetzt schweres Gerät zu liefern; aber ob es »gut« sei, wissen wir noch nicht. Das war in Ton und Sache eine wichtige Unterscheidung, keine spitzfindige. Nur dass sie umgekehrt lauten müsste: Ob es richtig ist, muss sich erst herausstellen, aber jetzt ist es gut. Wenn ein ganzes Volk den Mut hat, sich gegen einen übermächtigen Angreifer zu verteidigen – und das war nicht minder überraschend als der Angriff selbst –, dann ist es ein moralisches Elementargebot, will sagen, »gut«, sich seinen Hilferufen nicht zu verschließen.
Natürlich definiert der Hilfsbedürftige nicht einfach den Umfang der Hilfe. Das kann nur der Helfende tun, aber bitte in Absprache mit dem Hilfsbedürftigen, mit ebenso viel Aufmerksamkeit für seine Lage wie mit Gespür für Verhältnismäßigkeit. Und dazu gehört auch die Inkaufnahme eigener Verluste und Risiken. Drohende wirtschaftliche Rezession ist

noch keine hinreichende Legitimation dafür, weiterhin Rohstoffe beim Aggressor zu kaufen und dessen Krieg mitzufinanzieren. Es kommt aufs Ausmaß der Rezession an. 4 bis 5% Verlust an Wirtschaftsleistung sind laut seriösen, wenn auch nicht unfehlbaren ökonomischen Rechenmodellen wahrscheinlich. Nur dass dann nicht alle gleichmäßig 4 bis 5% weniger Verfügungsmasse hätten. Es ist vielmehr eine schwer voraussagbare und sozial durchaus ungleich verteilte Zunahme an Insolvenzen und Arbeitslosenzahlen zu erwarten – und diese wiederum gegen die ungleich größeren Leiden abzuwägen, die das überfallene Volk auszustehen hat. Soziale Härten stehen ins Haus. Ja. Aber von einer generellen Untragbarkeit einer solchen Rezession kann nicht die Rede sein. Habeck gibt sich bei der Frage, was geschieht, wenn Russland ad hoc den Öl- und Gashahn zudreht, denn auch bemerkenswert zuversichtlich. Da gehen »die Lichter nicht aus«, sagt er, während er erhebliche »soziale Verwerfungen« kommen sieht, wenn seine Regierung die Einfuhr stilllegt. Er befürchtet, dass man *ihr* dann die Einbußen anlastet. Eine Rezession, die Russland uns einbrockt, könnte sie viel leichter moderieren.

Alle aktuellen Waffenlieferungen an die Ukraine stehen indessen unter der Frage, ab wann der Lieferant Kriegspartei ist. Erst wenn er diese Waffen im Kriegsgebiet selbst betätigt? Oder auch schon, wenn er außerhalb des Kriegsgebiets eine Kriegspartei in den Gebrauch dieser Waffen einübt, was völkerrechtlich grenzwertig ist? Oder gar schon, wenn er die Waffen lediglich ins Kriegsgebiet überstellt? Auch das tut er ja nicht unparteiisch. Sobald man aber im weiteren oder engeren Sinne, ob völkerrechtskonform oder nicht, Partei nimmt, definiert man nicht mehr allein, ob man Kriegspartei ist. Es kann genügen, dass man von der Gegenseite als Kriegspartei *empfunden* wird. Von einem solchen Empfinden darf man sich weder bestimmen lassen, noch kann es einem egal sein. Zumal wenn die Gegenseite sich als zunehmend diktatorisches Gebilde erweist, dessen Willensbildungsprozesse auf eine winzige Clique, ja letztlich auf eine Person hin schrumpfen, so dass deren seelische Verfassung ausschlaggebend dafür werden kann, ob sie den Atomknopf drückt oder nicht.

In angespanntester Lage reduziert sich Politik auf Nuancen von Fingerspitzengefühl. Je machtneurotischer ein Diktator, desto existenzieller für ihn die Gesichtswahrung. Ihm dafür Wege offen zu lassen, muss kein Kuschen sein. Man muss ihn auf Regierungsebene nicht unbedingt »Kriegsverbrecher« nennen und kann gleichwohl unvermindert an seiner Niederringung arbeiten. Hier lässt sich einiges aus den psychologischen Strategien gegen

Geiselnehmer lernen, die oft erstaunlich erfolgreich sind, wenn auch keine Erfolgsgaranten. Hart in der Sache, soft im Umgang, sagten die alten Römer. Ähnlich klug war auch ihr anderer Spruch: Wenn du Frieden willst, bereite den Krieg.

Das war keineswegs bloß eine Kriegstreiberparole. Sie kann zwar heißen: Wenn du zu deinen Konditionen Frieden schließen willst, musst du erst einmal Krieg »bereiten«, also Krieg führen. Sie kann aber auch heißen: Wenn du einen bestehenden Frieden erhalten willst, musst du effiziente Waffen parat haben, also »bereiten« im Sinne von »vorbereiten«, nämlich für den Fall, dass die Gegenseite den Waffenstillstand bricht. Und drittens: Du musst auch die Bereitschaft haben, will sagen, innerlich vorbereitet sein, diese Waffen beherzt zu gebrauchen. Letzteres ist in Deutschland der eigentliche Schock. Man sieht, wie diese Bereitschaft in der Ukraine aufgeflammt ist – und ahnt, dass sie im eigenen Land eher erlischt. Europa am Hindukusch oder in Mali verteidigen – durch Spezialkräfte, die dafür sorgen, dass der Terrorismus von dort nicht hierher kommt, sondern nur Rohstoffe und wirtschaftliche Vorteile: das ist okay. Aber uns selbst im eigenen Land verteidigen? Wir sind doch in der NATO! Die gewährleistet durch atomare Abschreckung, dass uns niemand angreift. Auf dem Balkan, in Afrika und Asien mag es weiterhin Krieg geben. Aber in Nordamerika und Zentraleuropa ist er Geschichte. Da erinnert nur noch der Terrorismus an ihn. Neben dessen Bekämpfung steht vornehmlich der Kampf um die beste Hochtechnologie, um Absatzmärkte und Arbeitsplätze an, der zwar von militärischem Krieg unterschieden ist, aber noch längst kein Friede, vielmehr ein Dauertribut an die globale Wirtschaftsordnung. Man hat schlicht vergessen, wem sich der scheinbare Selbstläufer »Friede im High-Tech-Westen« verdankt: dem atomaren Schutzschild.

Dadurch bekommt das Wort »Gesinnungsethik« einen neuen Zungenschlag. Max Webers Paradebeispiele dafür waren das Feindesliebegebot Jesu – du sollst dem Bösen nicht widerstehen – und Kants kategorischer Imperativ: Handle immer so, wie alle es tun müssten. Das sind Gebote, die aus sich selbst heraus unbedingte Geltung verlangen, ohne Rücksicht auf die Folgen. Doch Politiker, so Weber, kommen bei ihrer unvermeidlichen Macht- und Gewaltausübung nicht umhin, die Folgen einzukalkulieren. Für sie gilt: »du *sollst* dem Übel gewaltsam widerstehen, sonst bist du für seine Überhandnahme – *verantwortlich*«. Es stimmt natürlich nicht, dass Jesus und Kant die Folgen ausgeblendet hatten. Im Gegenteil: Wenn wir elementare Grundsätze nicht strikt beherzigen, ist *die Folge*, dass wir aus der Spirale von Gewalt und Lüge nie herauskommen. So ihr Argument. Es

sticht bis heute. Der Haken ist nur: *Wenn* wir sie beherzigen, kommen wir auch nicht heraus. Wer dem Bösen nicht widersteht, damit es sich nicht fortsetzt, lässt es gewähren. Wer die Lüge auch dort unterlässt, wo sie Mord verhindert, wird am Mord mitschuldig.

Beide, Gesinnungs- und Verantwortungsethik, wissen keinen definitiven Ausweg aus der Gewalt-Lüge-Spirale, und beide haben Handlungsfolgen im Blick; letztere eher die kurzfristigen (das Schlimmste verhindern); erstere hingegen vor allem langfristige (Befriedung der Menschheit). Im Ernstfall erachtete Weber die Gesinnungsethik als verantwortungslos. Leider gilt auch – und das mochte er nicht hören – das Umgekehrte: Ohne rote Gesinnungslinien lässt sich alles verantworten. Die Gegenüberstellung von Gesinnungs- und Verantwortungsethik ist selbst ein abstraktes Konstrukt – und politisch deshalb so beliebt, weil es notfalls immer gestattet, Gesinnungslosigkeit als Verantwortlichkeit auszugeben. Die reale Debatte läuft hierzulande denn auch nicht zwischen Gesinnung und Verantwortung, sondern über Handlungsfolgen. Mit der Ausbildung von Ukrainern an den gelieferten Waffen schlittern wir in den dritten Weltkrieg; wir provozieren den Diktator zum Äußersten, sagen die einen; die andern: Nein, wir zeigen ihm Grenzen auf seinem Weg zum Äußersten auf. Ob er sie eines Tages überschreiten wird, weiß niemand im voraus. Die Hemmschwellen dafür so hoch wie möglich halten: das tut man gegenwärtig nicht mit permanenten Gesprächsangeboten und Konzessionen, sondern nur mit strikten Grenzziehungen bei gleichzeitigen Gesichtswahrungsmöglichkeiten.

Natürlich darf keine NATO-Macht selbst in die Ukraine einmarschieren. Wohl aber nötigt uns der Krieg eine neue Gesinnungsarbeit auf: das Ende der Empfängermentalität für den Grad von Frieden, den wir Westler im globalen Vergleich durchaus genießen. Die Bereitschaft, ihn zu verteidigen, ist wiederzugewinnen. Sie wächst nicht automatisch durch Geld. Ob sie wirklich einen Dünger von 100 Milliarden Sondervermögen nötig hat (während es zur Armutsbekämpfung keine Sondervermögen gibt), steht noch dahin. Viel brisanter ist die Diskrepanz zwischen bereits bestehender Hochrüstung und Verteidigungsunfähigkeit. Die hat mehr mit Mängeln an Gesinnung und Haltung als an Geld zu tun. Verteidigungsfähigkeit braucht nicht nur die Truppe, sondern die ganze Gesellschaft. Im Alltag nennt man sie Zivilcourage.